

GdP-Pressemitteilung

Nr. 41/2022, 12 Dezember 2022

GdP fordert eine nachhaltige Unterstützung für die Polizeibeschäftigten

Klemmer: „*Drastische Umstände erfordern drastische Maßnahmen. Wir fordern jetzt von der TdL eine schnelle und unbürokratische Lösung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen.*“

Die GdP Rheinland-Pfalz fordert die Finanzministerin Doris Ahnen auf, in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) dafür zu sorgen, dass auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst entlastet werden. Die Politik ermöglicht Sonderzahlungen für die Beschäftigten in zahlreichen Betrieben und sollte hierbei auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst nicht vergessen.

„Die Landesregierung freut sich über jeden Betrieb, der seine Beschäftigten in diesen Zeiten nicht alleine lässt und vergisst darüber hinaus, dass auch sie Arbeitgeber ist und Verantwortung trägt,“ sagte Landesvize und Tarifexperte René Klemmer, heute in Mainz. „Ich befürchte ein „Weglächeln“ der Problematik durch die Politik bis zur nächsten Tarifrunde der Länder Ende 2023. Die Verantwortlichen hoffen offensichtlich, dass bis dahin alles besser wird und sich die Lage entspannt. Unsere Kolleginnen und Kollegen stehen jetzt vor finanziellen Problemen und brauchen eine Unterstützung,“ so Klemmer weiter.

Die GdP erwartet ein kurzfristiges Handeln der Arbeitgeberseite und dies unabhängig von einer Tarifrunde Ende 2023. Insbesondere die unteren und mittleren Entgeltgruppen geraten bei den gestiegenen Verbraucherpreisen immer mehr in Bedrängnis. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die ihren Dienst an der Gesellschaft leisten, dürfen keine Existenzängste haben.

Ebenso muss ein verhandeltes Ergebnis im Anschluss dann auch auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden. „Wir werden es nicht zulassen, dass mit einer Maßnahme für eine Berufsgruppe etwas getan wird und andere vergessen werden. Eine Spaltung, wie sie in anderen Ländern gerade auf den Weg gebracht wurde, wird mit uns nicht möglich sein,“ spielt Klemmer auf Länder an, die lediglich eine Erhöhung der Beamtenbesoldung umsetzen.



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 10.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik.

Bei Rückfragen an die GdP steht Ihnen die Landesvorsitzende Sabrina Kunz zur Verfügung:

E-Mail: sabrina.kunz@gdp-rlp.de

Mobil: 0175/4143603 und / oder

rene.klemmer@gdp.de

Mobil: 01520/2745925

